

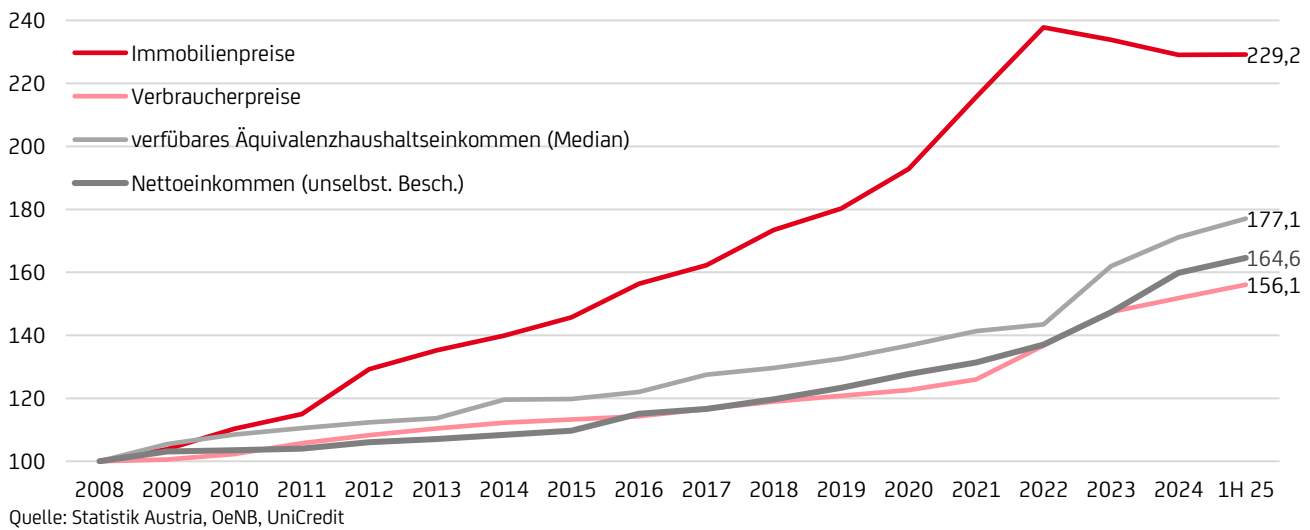


Wohneigentum ist in Österreich wieder leistbarer geworden

August 2025

Überblick

Entwicklung der Immobilienpreise und der Einkommen (2008=100)



WOHNEIGENTUM ZWAR WIEDER LEISTBARER, ABER WEITER NUR SCHWER ZU LEISTEN

- Der Rückgang der Immobilienpreise 2023 und 2024, hohe Einkommenszuwächse und die Lockerung der Geldpolitik haben den Erwerb von Wohneigentum in Österreich in den vergangenen zweieinhalb Jahren wieder leistbarer gemacht.
- Bei Finanzierung einer gleich großen Immobilie wie 2022 zum damaligen Wert von 100.000 Euro ergibt sich aus Zinssenkung, Immobilienpreiserückgang und Anstieg der Einkommen ein kumulierter Vorteil von rund 4 Prozent des durchschnittlich verfügbaren Äquivalenzeinkommens eines österreichischen Haushalts bzw. fast 1.400 Euro pro Jahr.
- Im Vergleich zu 2008, dem Beginn des Immobilienbooms, sind die Preise jedoch aktuell mehr als doppelt so hoch. Damit sind sie im langfristigen Vergleich deutlich stärker als die allgemeine Inflation und die Einkommen gestiegen. Die Leistbarkeit ist um fast 30 Prozent geringer als 2008, was viele Haushalte vom Erwerb von Wohneigentum ausschließt.
- Als Folge der geringeren Leistbarkeit im langfristigen Vergleich hat die Nachfrage nach Mietobjekten zugenommen und einen Mietanstieg über der allgemeinen Inflation ausgelöst. Dieser Trend wird sich in den kommenden Jahren aufgrund der geringen Neubauleistung voraussichtlich fortsetzen.
- Reale Einkommenszuwächse, günstigere Finanzierungsbedingungen, das geringere Angebot aufgrund niedriger Bauleistung, gestiegene Baukosten und verbesserte Renditechancen in der Vermietung lassen in den kommenden Jahren wieder einen Anstieg der Immobilienpreise erwarten, voraussichtlich stärker bei gebrauchten Immobilien als im Neubau. Die weiterhin relativ hohen Immobilienpreise, keine Rückkehr der EZB zur Nullzinspolitik und ein schwächer zu erwartendes Bevölkerungswachstum werden jedoch die Preissteigerungen nur moderat im Rahmen der allgemeinen Inflation ausfallen lassen.

IMMOBILIENPREISE AUF ETWAS NIEDRIGEREM NIVEAU STABILISIERT

Der starke Anstieg der Immobilienpreise seit der Finanzkrise endete 2023. Der Zinsanstieg für Wohnbaufinanzierungen infolge der Verschärfung der Geldpolitik durch die EZB und die im August 2022 eingeführten strengeren Regularien für die Vergabe von Wohnbaukrediten lösten einen Rückgang der Immobilienpreise in Österreich aus. Die Preiskorrektur in den Jahren 2023 und 2024 fiel jedoch moderat aus, da zum einen aufgrund des unverändert hohen Wohnbedarfs die Nachfrage hoch blieb und zum anderen die Baukosten und -preise weiter zulegten. Zudem waren Immobilien als Veranlagungsobjekte bzw. zur Inflationsabsicherung weiter attraktiv, so dass das in den Verkauf gelangte Angebot begrenzt blieb.

2023 und 2024 sanken die Immobilienpreise um insgesamt 3,5 Prozent, getragen vom Preisrückgang bei gebrauchten Immobilien. Dagegen stiegen die Preise für neu errichtete Immobilien aufgrund der höheren Material- und Personalkosten in diesem Zeitraum sogar leicht an. Mit Jahresbeginn 2025 hat begünstigt durch die wieder verbesserten Finanzierungsbedingungen infolge der Lockerung der Geldpolitik durch die EZB der Preisrückgang gestoppt. Im ersten Halbjahr 2025 stabilisierten sich die Immobilienpreise auf dem Niveau des Vorjahres.

Basierend auf Daten der Statistik Austria und der OeNB betrug der durchschnittliche Quadratmeterpreis für Eigentumswohnungen in Österreich im ersten Halbjahr 2025 nach unserer Schätzung knapp 4.000 Euro und für Einfamilienhäuser rund 2.700 Euro. Das entspricht zwar einem Rückgang um 300 bzw. 200 Euro gegenüber dem Jahr 2022, doch im Vergleich zu 2008 vor dem Beginn der Finanzkrise sind die Preise für Wohnungen 2,5-mal bzw. für Einfamilienhäuser doppelt so hoch.

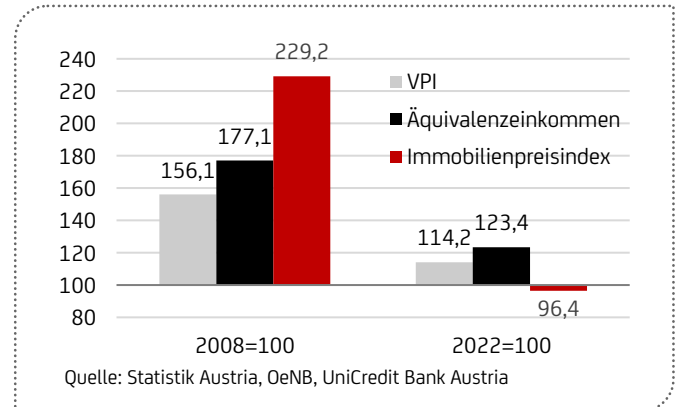
Während die Immobilienpreise aktuell unter dem Niveau von Mitte 2022 liegen, hat die Verbraucherpreisinflation im gleichen Zeitraum kumuliert 14 Prozent betragen, so dass sich Immobilien im Vergleich zum allgemeinen Preisniveau in diesem Zeitraum um etwa 17,5 Prozent vergünstigt haben. Im Vergleich zu 2008 sind die Immobilienpreise in Österreich im Durchschnitt jedoch aktuell mehr als doppelt so hoch. Das allgemeine Preisniveau gemessen an den Verbraucherpreisen ist im gleichen Zeitraum um 55 Prozent gestiegen. Seit der Finanzkrise haben sich Immobilien in Österreich somit auch im Vergleich zu anderen Gütern oder Dienstleistungen deutlich verteuert, was durch die Gegenbewegung im Jahr 2023 und 2024 bei weitem nicht ausgeglichen wurde.

LEISTBARKEIT VON WOHN-EIGENTUM SEIT 2022 GESTIEGEN

Da für die Lohn- und Gehaltsverhandlungen als auch der jährlichen Pensionsanpassungen in Österreich die Verbraucherpreisentwicklung die wichtigste Richtschnur darstellt, haben sich die nominellen Einkommen in Österreich in den vergangenen zweieinhalb Jahren deutlich erhöht. Die Anpassung der Einkommen folgt der Inflation des jeweiligen Vorjahres, was in der Phase des abklingenden Inflationsschocks zu Einkommenszuwächsen deutlich über der allgemeinen Teuerung führte. Das verfügbare Äquivalenzeinkommen der österreichischen Haushalte (Verfügbares Haushaltseinkommen dividiert durch die Summe der Personengewichte im Haushalt) stieg seit 2022 im Median um 23,5 Prozent. Damit hat sich in

diesem Zeitraum die Leistbarkeit von Wohnimmobilien deutlich erhöht, denn der nominelle Anstieg der Einkommen liegt nicht nur um 10 Prozentpunkte über der allgemeinen Teuerung, sondern entspricht bezogen auf den seit 2022 sogar gesunkenen Immobilienpreisindex einer Erhöhung der Leistbarkeit von Wohnimmobilien um 28 Prozent.

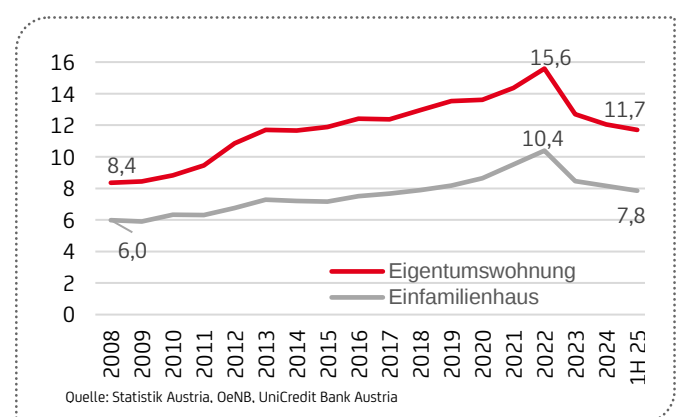
Preise und Einkommen im Vergleich



Das durchschnittliche verfügbare jährliche Äquivalenzeinkommen reichte 2022 für den Erwerb von 8,5m² Wohnraum (gewichteter Durchschnitt aus Eigenheim und Eigentumswohnung). Im ersten Halbjahr 2025 konnten mit dem Medianeinkommen (annualisiert) dagegen rechnerisch 11m² an Wohnraum finanziert werden. Das ist vor allem dank der hohen Lohndynamik ein Zugewinn von fast drei Quadratmetern, aufgrund der unterschiedlichen Preisentwicklung etwas mehr bei Einfamilienhäusern und weniger bei Eigentumswohnungen.

Während die Preise für Wohnimmobilien bis zur Finanzkrise im Wesentlichen eine ähnliche Entwicklung wie die Verbraucherpreise und damit auch die Einkommen nahmen, ging ab 2008 eine Schere auf. Seit 2022 hat sich diese Kluft zwar deutlich verringert, aber seit 2008 bis heute haben sich die Immobilienpreise mehr als verdoppelt, während das Äquivalenzeinkommen der österreichischen Haushalte im Median nur um 77 Prozent zulegte.

Anzahl der Jahreseinkommen für 100m² Wohnraum



Der reale Wert des Medianeinkommens österreichischer Haushalte reduzierte sich bezogen auf den

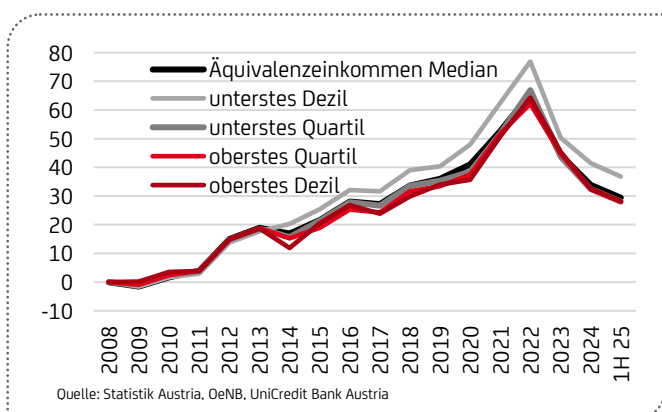
Immobilienpreisindex seit 2008 um fast 30 Prozent. Statt für 12m² im Jahr 2008 reichte das jährliche Äquivalenzeinkommen in der ersten Hälfte 2025 nur noch zur Finanzierung von etwa 8,5m² einer Eigentumswohnung bzw. für 12,8m² eines durchschnittlichen Einfamilienhauses (2008: 16,7m²).

Oder anders ausgedrückt: Für eine Eigentumswohnung von 100m² musste in der ersten Jahreshälfte 2025 ein Haushalt knapp 12 Jahreseinkommen einsetzen, für ein Haus mit 100m² fast 8 Jahreseinkommen. Im Jahr 2008 waren es nur 8,5 bzw. 6 Jahreseinkommen. Im Jahr 2022 waren es allerdings sogar 15,5 bzw. 10,5 Jahresgehälter gewesen.

MITTLERE UND HÖHERE EINKOMMEN ETWAS BEGÜNSTIGT

Die Leistbarkeit von Immobilien abhängig von der Preisentwicklung im Verhältnis zur Einkommensentwicklung hat sich im langfristigen Vergleich deutlich verringert. Das Verhältnis zwischen dem Immobilienpreisen auf Basis des Immobilienpreisindex der OeNB und dem Median des verfügbaren Äquivalenzeinkommens weist zur Jahresmitte 2025 auf eine Verringerung der Leistbarkeit um fast 30 Prozent gegenüber 2008 hin. Für die einkommensschwächste Bevölkerungsgruppe des untersten Dezils ist aufgrund des geringsten Anstiegs der Einkommen seit 2008 der Traum vom Eigenheim, der durch die geringe absolute Einkommenshöhe grundsätzlich kaum in Reichweite war, noch weiter in die Ferne gerückt. Die Leistbarkeit von Wohneigentum hat sich für die 10 Prozent der Haushalte mit dem niedrigsten Einkommen im Durchschnitt sogar um 37 Prozent seit 2008 verringert. Abgesehen vom untersten Dezil sorgte eine relativ ähnliche Einkommensentwicklung in allen anderen Einkommensgruppen für weitgehend gleich hohe Leistbarkeitseinbußen gegenüber 2008, wobei sich die Leistbarkeit für Haushalte mit mittleren Einkommen geringfügig günstiger als für die Haushalte in den obersten Einkommenssegmenten entwickelte.

Lücke zwischen verfügbarem Einkommen der Haushalte und dem Immobilienpreis



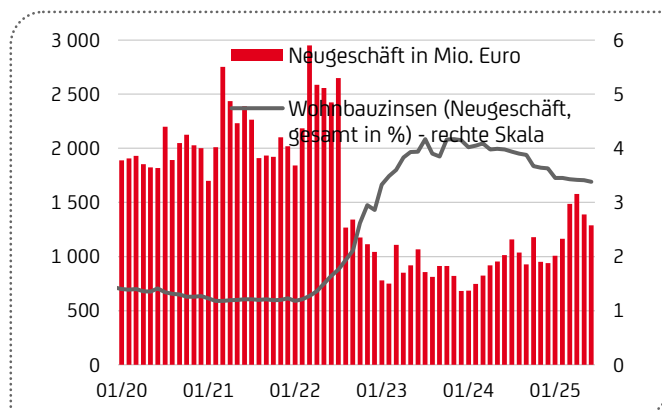
GÜNSTIGERE FINANZIERUNGSBEDINGUNGEN ERLEICHTERN LEISTBARKEIT ZUSÄTZLICH

Neben dem günstigeren Verhältnis von Immobilienpreisen zum Einkommen hat sich durch die Lockerung der Geldpolitik durch die Europäische Zentralbank seit 2022 die individuelle Leistbarkeit von Wohnraum in Österreich zusätzlich erhöht.

Durch die Senkung der Leitzinsen durch die EZB kam es zu einem Rückgang der Zinsen für Wohnimmobilienkredite, so dass sich die Kosten einer Kreditfinanzierung von Immobilien seitdem verringerten. Der Zinssatz für neu aufgenommene Wohnbaukredite ist laut Statistik der OeNB von durchschnittlich 4,2 Prozent Ende 2023 auf 3,4 Prozent Mitte 2025 gesunken. Dadurch ist die monatliche Belastung für einen Kredit in Höhe von 100.000 Euro bei einer Laufzeit von 20 Jahren von 615 auf heute 570 Euro gesunken (Kapitalrückzahlung und Zinsen) und ist damit um 7 Prozent niedriger als vor eineinhalb Jahren. Mit einer monatlichen Kreditrate von 615 Euro könnte aktuell eine Kreditsumme von über 107.000 Euro bedient werden.

Unterstützt durch die Senkung der Zinsen kam es ab dem Frühjahr 2024 zu einer Umkehr des rückläufigen Trends von Wohnbaufinanzierungen. Das Volumen an Neukreditvergaben, das in der ersten Jahreshälfte 2022 in der Endphase der Nullzinspolitik der EZB noch monatlich 2,5 Mrd. Euro in Österreich erreichte, sank infolge der rasch steigenden Zinsen sowie durch die Verschärfung der Kreditvergaberichtlinien durch die Kreditinstitute-Immobilienfinanzierungsmaßnahmen-Verordnung (KIM-Verordnung) drastisch. In der ersten Jahreshälfte 2024 erreichte das monatliche Finanzierungsvolumen mit rund 850 Mio. Euro nur noch ein Drittel der ersten Jahreshälfte 2022. In den ersten sechs Monaten 2025 stiegen die Kreditvergaben für Wohnraumfinanzierung jedoch um 54 Prozent im Jahresvergleich auf 1,3 Mrd. Euro monatlich. Das gesamte Ausleihenvolumen erreichte Mitte 2025 mit 130 Mrd. Euro jedoch noch nicht den Höchststand von 135 Mrd. Euro von Ende 2022.

Wohnbaukreditvolumen und Zinsen in Österreich



Neben den niedrigeren Zinsen hat sich die Leistbarkeit von Wohnbaukrediten auch durch den Anstieg der Einkommen verbessert. Für ein Finanzierungsvolumen von 100.000 Euro waren in der ersten Jahreshälfte 2025 Kreditkosten (Kapitalrückzahlung und Zinsen) von rund 20 Prozent des Medians des verfügbaren Haushaltseinkommens notwendig. 2023 mussten noch 23,5 Prozent des Medianeinkommens für eine Finanzierung in gleicher Höhe aufgewendet werden.

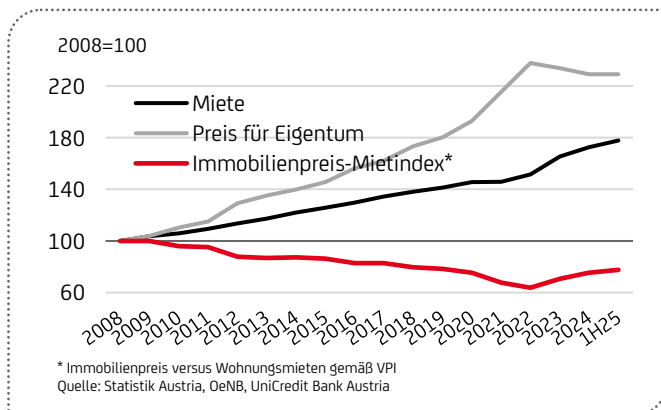
Inkludiert man nun noch den Rückgang der Immobilienpreise ab 2022 in die Berechnung, wäre für eine gleich große Immobilie nur eine Kreditaufnahme von 96.400 Euro notwendig, was geringere monatliche Finanzierungskosten von 555 Euro mit sich brächte. Damit würden nur 19,4 Prozent des Einkommens belastet werden. Der kumulierte Vorteil aus Zinssenkung, Immobilienpreiserückgang und Einkommensanstieg seit 2022

beträgt somit aktuell rund 4 Prozent des durchschnittlich verfügbaren Äquivalenzeinkommens eines österreichischen Haushalts.

„UNFREIWILLIGE“ ALTERNATIVE MIETEN WURDE SEIT 2022 DEUTLICH TEURER

Während sich die Leistbarkeit von Wohneigentum seit 2022 aus mehreren Gründen erhöht hat, nahm die Leistbarkeit von Mietobjekten zumindest relativ zu Wohneigentum deutlich ab. Seit 2022 sind die Mieten im Durchschnitt um 17 Prozent gestiegen als Folge der hohen allgemeinen Inflation von 14 Prozent, die sich auf Bestandsmieten vertragsgemäß „automatisch“ übertrug. Im Vergleich zu Bestandsmieten kam es bei Neuvermietungen zu einer höheren Dynamik, denn durch die hohe Immobilienpreisdynamik seit 2008 wurde für mehr und mehr Haushalte die Alternative Wohneigentum nicht mehr leistbar und führte zu einem Nachfragezuwachs nach Mietobjekten. Der Rückgang der Immobilienpreise seit 2022 fiel zu schwach aus, um die Nachfrage am Mietmarkt maßgeblich zu verändern.

Entwicklung der Immobilienpreise und der Mieten



Der Abstand zwischen Miet- und Immobilienpreisdynamik, der ab 2008 stark zunahm und auf bis zu 57 Prozent aufging, nahm ab 2022 damit wieder ab. Seit 2008 sind die Immobilienpreise jedoch immer noch um fast 30 Prozent stärker als die Mieten gestiegen. Auch wenn der Vergleich der Daten abgrenzungsbedingt, problematisch ist und die Daten nur Marktdurchschnitte abbilden, weist die Entwicklung auf kurze Sicht zwar auf eine relative Verringerung der Leistbarkeit von Mietobjekten gegenüber Wohneigentum hin, aufgrund des Anstiegs des verfügbaren Äquivalenzhaushaltseinkommens seit 2022 um 23,5 Prozent jedoch auf eine Erhöhung der Leistbarkeit in absoluten Zahlen.

ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

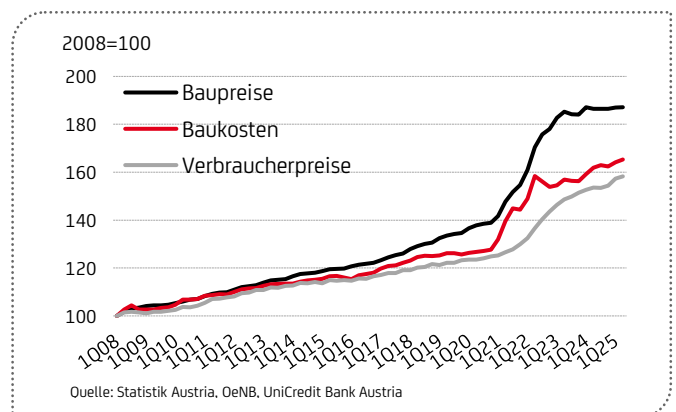
Die Leistbarkeit von Wohneigentum hat sich seit 2022 infolge des leichten Rückgangs der Immobilienpreise, der niedrigeren Zinsen sowie steigender Einkommen der österreichischen Haushalte erhöht. Allerdings ist die Leistbarkeit von Einfamilienhäusern oder Eigentumswohnungen angesichts der hohen Preisdynamik von Immobilien weit über der Entwicklung der allgemeinen Inflation und der Einkommen hinausgehend im längerfristigen Vergleich deutlich gesunken. Seit der Finanzkrise hat sich der reale Wert des verfügbaren

Äquivalenzhaushaltseinkommens bezogen auf den Immobilienpreisindex der OeNB im Durchschnitt um fast 30 Prozent reduziert.

Auch mieten wurde aufgrund der hohen Dynamik bei Neuvermietungen als Folge der Immobilienpreisanstiege deutlich teurer. Allerdings fiel der Anstieg der Mieten seit 2008 zumindest geringer als der Anstieg der Immobilienpreise aus. Mieten hat sich somit im Durchschnitt im Vergleich zum Kauf von Eigentum weniger stark verteuert. Allerdings hat sich seit 2022 das Blatt gewendet. Die Mieten ziehen seitdem stark an, während die Immobilienpreise leicht gesunken sind. Somit nahm die Leistbarkeit von Mietobjekten relativ zu Wohneigentum in der kurzfristigen Betrachtung deutlich ab.

Nach der Stabilisierung der Immobilienpreise in der ersten Jahreshälfte 2025 ist in den kommenden Monaten wieder mit steigenden Immobilienpreisen in Österreich zu rechnen. Die Neubaupreise werden weiter zulegen. Die stark gestiegenen Baukosten und -preise werden kaum eine Preiskorrektur des neu errichteten Angebots nach unten erlauben. Die Lieferschwierigkeiten als Nachwirkung der Corona-Pandemie sowie der Inflationsschock in Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine haben die Materialkosten und in weiterer Folge die Lohnkosten deutlich erhöht. Seit Ende 2020 sind die Baukosten um fast 30 Prozent gestiegen, wobei die Dynamik jüngst allerdings nachgelassen hat. Die Baupreise, die vom Bauunternehmer den Bauherren verrechnet werden, sind deutlich stärker gestiegen, stagnieren allerdings seit rund eineinhalb Jahren, was vorerst nur auf einen moderaten Anstieg der Neubaupreise hindeutet. Bei gebrauchtem und meist günstigerem Wohneigentum dürfte sich eine etwas stärkere Aufwärtsbewegung der Preise in den kommenden Monaten zeigen.

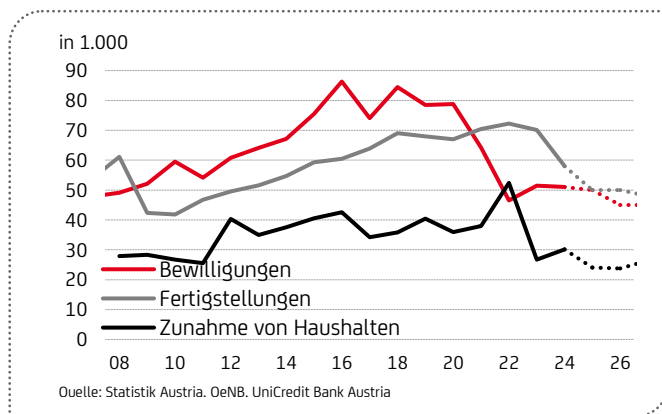
Anstieg der Baukosten und -preise verliert an Tempo



Zu einem insgesamt jedoch nur moderaten Immobilienpreisanstieg dürften weitere reale Einkommenszuwächse und die günstigeren Finanzierungsbedingungen beitragen. Insbesondere im mittelhohen Preissegment ist von einer zunehmenden Nachfrage auszugehen, da entsprechend der Einkommensentwicklung der vergangenen Jahre vor allem Besserverdiener die günstigeren Finanzierungsbedingungen nutzen werden können. Die Finanzierungsvolumen im Wohnbau haben sich bereits zu erholen begonnen. Aber die realen Einkommenseinbußen der vergangenen Jahre und

Vermögensverluste durch die hohe Inflation werden nachwirken. Von der jüngst gestiegenen Leistbarkeit von Wohnraum wird die Mehrheit der Haushalte gar nicht profitieren können, da der Immobilienpreisrückgang in Österreich viel zu gering ausgefallen ist, um das Preis-Leistungsverhältnis auf ein auf breiter Ebene leistbares Niveau zu senken. Der massive Rückgang der Baubewilligungen, der sich bereits in einem starken Rückgang der Fertigstellungen von Wohnraum niederschlägt und damit das Angebot am Markt einschränkt, wird tendenziell eine Aufwärtsentwicklung der Immobilienpreise stützen, trotz einer aus demografischen Gründen, voraussichtlich weniger stark steigenden Nachfrage nach Wohnraum als in den vergangenen Jahren.

Einbruch von Baubewilligungen wird Fertigstellungen vorerst senken



Auch der Wunsch der Absicherung des Vermögens gegen Inflation wird die Nachfrage nach Wohnimmobilien weiter beleben, ebenso das Motiv aus der Veranlagung in Immobilien Mieterträge zu lukrieren, zumal aufgrund des Preis-Leistungsverhältnisses Mietobjekte vorerst weiter stärker als Eigentum gefragt sein werden, was eine anhaltend höhere Dynamik der Renditen in der Vermietung in den kommenden Jahren erwarten lässt.

ZUM WEITERLESEN

Bank Austria Homepage: Alle Prognosen und Analysen der Abteilung Economics & Market Analysis Austria auf <http://wirtschaft-online.bankaustria.at>

Bank Austria Economic News: Die neuesten Veröffentlichungen der Abteilung Economics & Market Analysis Austria direkt in Ihrem Posteingang. Anmeldung per E-Mail an: econresearch.austria@unicreditgroup.at.

AUTOREN

Walter Pudschedl, Ökonom UniCredit Bank Austria (walter.pudschedl@unicreditgroup.at)

RECHTLICHE HINWEISE

Diese Publikation ist keine Anlageberatung, Anlageempfehlung, Marketingmitteilung oder Finanzanalyse dar. Insbesondere ist sie kein Angebot und keine Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren und keine Aufforderung ein solches Angebot zu stellen. Sie dient nur der Erstinformation und kann eine auf die individuellen Verhältnisse und Kenntnisse des:der Anleger:in bezogene Beratung nicht ersetzen.

Es handelt sich um eine Analyse aufgrund öffentlich zugänglicher Wirtschaftsdaten. Trotz sorgfältiger Recherche und der Verwendung verlässlicher Quellen kann keine Verantwortung für Vollständigkeit, Richtigkeit, Aktualität und Genauigkeit übernommen werden.

Jede Veranlagung in Wertpapieren ist mit Risiken verbunden. Anlagewert und Erträge können plötzlich und in erheblichem Umfang schwanken und daher nicht garantiert werden. Es besteht die Möglichkeit, dass der:die Anleger:in nicht die gesamte investierte Summe zurückerhält, unter anderem dann, wenn die Kapitalanlage nur für kurze Zeit besteht. Unter Umständen ist auch ein Totalverlust möglich. Mögliche (Rück-) Zahlungen aus dem Produkt schützen Anleger:innen möglicherweise nicht gegen ein Inflationsrisiko. Es kann also nicht zugesichert werden, dass die Kaufkraft des investierten Kapitals von einem allgemeinen Anstieg der Konsumgüterpreise unberührt bleibt. Zahlenangaben bzw. Angaben zur Wertentwicklung beziehen sich auf die Vergangenheit und die frühere Wertentwicklung ist kein verlässlicher Indikator für künftige Ergebnisse. Nur im Rahmen einer Anlageberatung kann die UniCredit Bank Austria AG die persönlichen Verhältnisse der Kund:innen (Anlageziele, Erfahrungen und Kenntnisse, Risikoneigung, finanzielle Verhältnisse und finanzielle Verlusttragfähigkeit) berücksichtigen sowie eine produktspezifische Eignungsprüfung durchführen. Wir weisen darauf hin, dass die steuerliche Behandlung von den persönlichen bzw. betrieblichen Verhältnissen des:der Anlegers:in abhängt und die Angaben über die Steuervorteile auf Basis der geltenden Rechtslage gemacht werden, die künftigen Änderungen unterworfen sein kann und über deren Beibehaltung keine Auskunft gegeben werden kann.

IMPRESSUM

Angaben und Offenlegung nach §§ 24 und 25 Mediengesetz:

Herausgeber und Medieninhaber:

UniCredit Bank Austria AG

1020 Wien, Rothschildplatz 1

Unternehmensgegenstand: Kreditinstitut gem. § 1 Abs.1 Bankwesengesetz

Vertretungsbefugten Organe (Vorstand) des Medieninhabers: Ivan Vlaho, Daniela Barco, Hélène Buffin, Dieter Hengl, Emilio Manca, Marion Morales Albiñana-Rosner, Svetlana Pancenko, Wolfgang Schilk

Aufsichtsrat des Medieninhabers: Gianfranco Bisagni, Aurelio Maccario, Livia Aliberti Amidani, Christoph Bures, Richard Burton, Tamara Haas, Judith Maro, Herbert Pichler, Eveline Steinberger, Doris Tomanek, Roman Zeller

Beteiligungsverhältnisse am Medieninhaber gemäß § 25 Mediengesetz: UniCredit S.p.A. hält einen Anteil von 99,996% der Aktien am Medieninhaber (unter folgendem Link <https://www.unicreditgroup.eu/en/governance/shareholders.html> sind die wesentlichen, an der UniCredit S.p.A. bekannten Beteiligungsverhältnisse ersichtlich.)

Der Betriebsratsfonds der Angestellten der UniCredit Bank Austria AG, Region Wien, sowie die Privatstiftung zur Verwaltung von Anteilsrechten (Stifter: Anteilsverwaltung-Zentralsparkasse; Begünstigter: WWTF – Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds) sind mit einem Anteil von zusammen 0,004% am Medieninhaber beteiligt.



MobileBanking App

Einfach im App-Store Ihres Anbieters herunterladen.

Alle Informationen: mobilebanking.bankaustria.at



Unser Kundenservice im Internet

bankaustria.at/hilfe-kontakt.jsp



Unsere Filialen in ganz Österreich

filialfinder.bankaustria.at

Sie finden uns auf:



Diese **Information** wurde von der UniCredit Bank Austria AG, Rothschildplatz 1, 1020 Wien, erstellt (Medieninhaber und Hersteller).

Irrtum und Druckfehler vorbehalten.

Stand: August 2025